

## L1 Leitantrag - Zeitenwende - Was Thüringen jetzt tun muss

Gremium: LaVo  
Beschlussdatum: 22.05.2022  
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

1 Wir leben in einer Zeit der multiplen Krisen. Der aggressive Angriffskrieg von  
2 Russland gegen die Ukraine bedeutet eine Zeitenwende in Europa und Deutschland.  
3 Seit dem 24.02.2022 ist Frieden in Europa kein Normalzustand mehr. Der Krieg ist  
4 zurückgekehrt mit weitreichenden Konsequenzen auf unser aller Leben, auf alle  
5 Felder der Politik. Auch wenn Corona gerade etwas weniger aggressiv und damit  
6 weniger im Bewusstsein ist, ist diese gesamtgesellschaftliche Herausforderung  
7 nicht vorbei. Und diese dramatischen Herausforderungen finden in einem Zeitalter  
8 statt, in dem die durch uns Menschen verursachte Klimakrise und Artensterben  
9 manchmal kaum merklich, aber unaufhaltsam dabei sind, die Lebensgrundlage auf  
10 unserem Planeten zu zerstören.

11  
12 Seit dem 24.02. stehen nun alle politischen Entscheidungen unter dem Eindruck  
13 des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Dieser Krieg hat bereits  
14 tausende Tote gefordert, Millionen müssen vor Tod und Folter aus ihrer Heimat  
15 fliehen, ein Ende ist nicht abzusehen. Er stellt einen eklatanten Bruch des  
16 Völkerrechts dar, ist ein Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht, auf die  
17 Demokratie und auf die Menschenrechte. Die Kriegsverbrechen von Butscha und  
18 Irpin beweisen, wie brutal, rücksichtslos und maßlos Putin seinen völkisch-  
19 faschistischen Imperialismus durchsetzen will. Der Ukraine muss deshalb jede  
20 Hilfe zur Selbstverteidigung ermöglicht werden. Wir unterstützen deshalb  
21 ausdrücklich die klare, wertorientierte und bündnisorientierte Außenpolitik von  
22 Annalena Baerbock ebenso wie die umfassenden Wirtschafts- und Finanzsanktionen  
23 gegen Russland. Wir unterstützen die Bemühungen der Bundesregierung, allen voran  
24 von Robert Habeck, möglichst schnell unabhängig von Kohle, Öl und Gas aus  
25 Russland zu werden und die Energiewende unter Hochdruck voranzutreiben. Wir  
26 können es uns nicht erlauben, uns wieder von den fossilen Rohstoffimporten  
27 anderer Länder abhängig zu machen. Außerdem unterstützen wir alle Mittel für  
28 humanitäre Hilfe vor Ort. Der Krieg wird aber nicht nur gegen die Ukraine  
29 geführt, er ist auch ein Krieg gegen die Länder dieser Welt, die auf  
30 Lebensmittelimporte angewiesen sind. Auch hier unterstützen wir ausdrücklich die  
31 Bemühungen von Umweltministerin Steffi Lemke und Landwirtschaftsminister Cem  
32 Özdemir internationale Koalitionen zur Bekämpfung der entstehenden Hungerkrise  
33 zu schmieden und die europäische Lebensmittelpolitik an den Engpässen durch den  
34 Nahrungskrieg von Putin auszurichten und dabei vor allem auch die materiell  
35 weniger wohlhabenden Länder mitzudenken.

36  
37 Waffenlieferung ohne Aufrüstungsspirale

38 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind in Thüringen eine Partei, die aus der Umwelt und  
39 Friedensbewegung innerhalb der DDR, die aus den Bürgerbewegungen der friedlichen  
40 Revolution entstand. Dabei stand der Gedanke einer aktiven Friedenspolitik, die  
41 das Ziel einer (Atom-)waffenfreien Welt im Blick hat, immer im Zentrum. Die  
42 Entscheidung nun in eine Krisenregion Waffen aller Art zu schicken, stellt uns  
43 vor schwierige Gewissensentscheidungen. Auch wenn wir angesichts der Lage in der

44 Ukraine mehrheitlich zu dieser Entscheidung gelangen, stellt es für viele von  
45 uns eine Zumutung dar. Klar ist, dass wir diese Situation keinesfalls als  
46 Blaupause verstehen und damit eine völlige Abkehr von unserer bisherigen  
47 Friedenspolitik eingeleitet wird. Vielmehr wird durch diese Situation klar, wie  
48 wichtig eine wertegeleitete, nicht nur an Handels- und Territorialinteressen  
49 orientierte Außenpolitik ist. Und wir wissen, welchen wichtigen Anteil für  
50 Friedensprozesse die Auseinandersetzung und die Wertschätzung des Pazifismus in  
51 seinen verschiedenen Erscheinungsformen spielt. Klar ist auch, dass die  
52 Vernachlässigung von aufmerksamer und kluger Abrüstungspolitik bei nachlassender  
53 Wehrhaftigkeit unserer Bündnisse keine guten Ergebnisse bringen. So stehen wir  
54 dazu der Ukraine alles das zu liefern, was sie braucht, um ihr Land effektiv zu  
55 verteidigen, da die Situation hier im Gegensatz zu den meisten Krisen und  
56 Konflikten so klar und eindeutig ist. Russland als militärische Großmacht  
57 überfällt völkerrechtswidrig, getrieben von einer imperialen nationalistischen  
58 Ideologie, einen kleineren Nachbarn mit dem (ursprünglichen) Ziel, dessen  
59 Existenz auszulöschen. Die Ukraine als souveräner, demokratischer Staat nimmt  
60 lediglich ihr Selbstverteidigungsrecht wahr. Ein Ausbleiben der Unterstützung  
61 würde global einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen, der völkerrechtliche  
62 Prinzipien aushebelt und anderen Großmächten als Vorbild dienen kann, in ein  
63 anderes schwächeres Land einzumarschieren. Auch für die Sicherheitslage in  
64 Europa wäre ein russischer Sieg in diesem Krieg fatal.

65  
66 Auf der anderen Seite ist jedoch klar, dass es nicht zu einer Aufrüstungsspirale  
67 kommen darf. Deshalb stehen wir dem 100MRD Sondervermögen kritisch gegenüber.  
68 Wir müssen zwar feststellen, dass die Bundeswehr in einem schlechtem Zustand  
69 ist. Für uns ist klar, dass unsere Bundeswehr in der Lage sein muss ihren  
70 Beitrag zur Landes- und Bündnisverteidigung wahrzunehmen. Die Vergangenheit hat  
71 allerdings gezeigt, dass pauschale Geldbeträge nicht weiterhelfen. Die  
72 Finanzierung der Bundeswehr ist in den letzten Jahren massiv gestiegen.  
73 Deutschland gibt bereits jetzt im internationalen und europäischen Vergleich  
74 enorme Summen für Rüstung aus. Eine deutliche Verbesserung der Bundeswehr, der  
75 Ausstattung und der Handlungsfähigkeit blieb allerdings aus. Es muss daher  
76 sichergestellt werden, dass weder Sondervermögen noch ein höherer Wehretat in  
77 komplizierten Beschaffungssystemen oder teuren Beraterverträgen versickert.  
78 Daher müssen zuerst die Beschaffungsstrukturen der Bundeswehr massiv reformiert  
79 werden. Für die nötigen Investitionen braucht es einen dezidierten Plan, um die  
80 notwendige Ausrüstung klug anzugehen. Außerdem muss es mehr Investitionen in  
81 Katastrophenschutz und Cybersicherheit geben, die sind bei einer notwendigen  
82 Ausstattung zur Landesverteidigung ebenfalls so essenziell wie eine gut  
83 ausgestattete Bundeswehr.

84 Solidarität mit den Geflüchteten - Integration jetzt vorantreiben

85  
86 Etwa 17.000 Menschen aus der Ukraine haben bis Mitte Mai in Thüringen Zuflucht  
87 gefunden, größtenteils Ältere, Frauen und Kinder, und es ist wahrscheinlich,  
88 dass es noch deutlich mehr werden. Die von Anfang an große Hilfsbereitschaft der  
89 Thüringerinnen und Thüringer war und ist überwältigend.

90  
91 Doch leider stellen wir fest, dass die Hilfsbereitschaft, aber auch die  
92 Flexibilität der Behörden nicht allen Geflüchteten gegenüber gleich groß ist.  
93 Bundestag und Bundesrat haben für alle ukrainischen Geflüchteten den Wechsel vom  
94 Asylbewerberleistungsgesetz in das Sozialgesetzbuch beschlossen. Das ist ein

95 wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Er darf aber nicht zu geflüchteten  
96 Menschen 1. oder 2. Ordnung führen. Geflüchtete aus anderen Ländern haben immer  
97 wieder mit starken alltäglichen Rassismen, geringerer finanzieller Unterstützung  
98 und höheren Hürden beispielsweise bei der Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse zu  
99 kämpfen. Dabei verdienen alle Geflüchteten gleichermaßen bestmögliche  
100 Unterstützung. Das Ziel muss sein, die Größzügigkeit im behördlichen Umgang mit  
101 den Ukrainegeflüchteten auf alle Geflüchteten auszuweiten und schnelle,  
102 dezentrale Unterbringung, sofortige Arbeitserlaubnis und Bildungs- und  
103 Integrationsangeboten von Anfang an für alle zu ermöglichen.

104  
105 Durch gemeinsame Anstrengungen von Bund, Land, Kommunen und Ehrenamtlichen sind  
106 viele ukrainische Geflüchtete inzwischen gut in Thüringen angekommen. Das wurde  
107 auch durch den Strukturaufbau aufgrund der Erfahrungen der Jahre 2014/2015  
108 möglich. Leider zeigt sich jetzt aber, dass die Kommunen noch nicht ausreichend  
109 darauf vorbereitet sind, in kurzer Zeit viele Geflüchtete aufzunehmen. Mehr als  
110 die Hälfte der ukrainischen Geflüchteten sind bei Verwandten, Freunden oder bei  
111 Privatpersonen untergekommen. An vielen Orten kümmern sich Ehrenamtliche,  
112 Landsleute, Tafeln, zivilgesellschaftliche Initiativen, Religionsgemeinschaften  
113 oder Vereine um die Lebensmittelversorgung, die Vermittlung von Wohnraum, die  
114 Beschaffung wichtiger Medikamente oder das Dolmetschen bei Behördengängen. Die  
115 Ehrenamtlichen haben damit vor allem in den ersten Wochen bei der Aufnahme und  
116 Versorgung von Geflüchteten einen unschätzbaren Dienst erwiesen. Ehrenamtliches  
117 Engagement kann jedoch funktionierende staatliche Strukturen nicht dauerhaft  
118 ersetzen. Daher müssen wir nun alles daran setzen, die ehrenamtliche Arbeit mit  
119 den Geflüchteten finanziell besser zu unterstützen und in möglichst  
120 professionelle Strukturen zu überführen. Kommunen müssen sich vor dem  
121 Hintergrund der aktuellen Erfahrungen fit machen, um in Zukunft auf hohe Zahlen  
122 von Geflüchteten besser vorbereitet zu sein. So braucht es Notfallpläne für  
123 große Fluchtbewegungen, schnellere Registrierungsverfahren, kommunale  
124 Integrationskonzepte, eine Personalreserve in den Verwaltungen und kurzfristig  
125 einzusetzende Freiwilligen- und Ehrenamtskoordinator\*innen.

126  
127 Niemand kann derzeit sagen, wie lange die ukrainischen Geflüchteten bei uns  
128 bleiben werden. Trotzdem müssen nun die Bemühungen darauf fokussiert sein, die  
129 Integration voranzubringen. Der Bund ist seinerseits aufgefordert, die Länder  
130 und Kommunen verlässlich finanziell zu unterstützen und die Mittel für die  
131 Integrationskurse, die Migrationsberatung aber auch die psychosoziale Beratung  
132 deutlich auszubauen. Darüberhinaus sind die vielen Integrationsangebote der  
133 vielfältigen Trägerlandschaft im Land wichtig. Sie brauchen dringend Sicherheit  
134 für die Finanzierung ihrer Projekte. Diese wird durch die von der CDU erzwungene  
135 globale Minderausgabe erschwert. Der Migrationsetat des Landes muss daher in der  
136 aktuellen Situation über einen Nachtragshaushalt oder ein Sondervermögen von der  
137 globalen Minderausgabe befreit werden. Durch ein Integrationsfördergesetz wollen  
138 wir die Finanzierung dieser Projekte langfristig sicherstellen.

139  
140 Vor allem die ukrainischen Kinder und Jugendliche müssen nun zur  
141 Traumabewältigung und Integration schnell in die Kindergärten und Schulen  
142 aufgenommen werden. Das stellt die Kommunen vor besondere Herausforderungen, die  
143 vielerorts schon volle Schulen und Kindergärten haben. Es braucht dazu eine  
144 Ausweitung der Rahmenkapazitäten der Kindergärten und zusätzliches Personal. Die  
145 Sprachförderung in "Deutsch als Zweitsprache" und die muttersprachliche Bildung

146 müssen ausgebaut werden. Gleichzeitig gilt es, durch vereinfachte  
147 Anerkennungsverfahren den Einsatz ukrainischer Erzieher\*innen und Lehrkräfte  
148 einfacher zu ermöglichen. Den ukrainischen Kindern und Jugendlichen soll zudem  
149 die Gelegenheit gegeben werden, ergänzend am ukrainischen Onlineunterricht  
150 teilzunehmen.

151  
152 Migration, Integration und die Aufnahme von Geflüchteten ist kein temporäres  
153 Projekt, sondern in einer globalisierten Welt eine Daueraufgabe. Um dieser  
154 Aufgabe zukunftsorientiert in hoher Qualität gerecht zu werden braucht Thüringen  
155 ein eigenes Landesamt für Migration, das dem fachlich zuständigen Ministerium  
156 zugeordnet ist. Wir wollen die rechtlichen, personellen und sächlichen  
157 Grundlagen für dieses Amt schaffen. Dann können auch die dringend nötigen  
158 Verbesserungen in den Erstaufnahmestellen des Landes ermöglicht werden, damit  
159 schutzsuchende Menschen würdevoll in unserem Land ankommen können.

160  
161 **Energiewende bedeutet Energiesicherheit**

162  
163 Der Krieg gegen die Ukraine und die damit verbundenen Implikationen hat eine  
164 Bewusstsein für die Notwendigkeit einer schnellen Energiewende geschaffen. Aber  
165 auch der neueste IPCC-Report sagt für Thüringen massive Auswirkungen der  
166 Klimakrise vorher, u. a. Trockenheit, Hitzewellen und Ernteauffälle, welche die  
167 Wasser- und Nahrungsmittelversorgung bedrohen - wir brauchen eine sichere,  
168 günstige und saubere Energieversorgung! Deshalb müssen und wollen wir eine  
169 Aufbruchstimmung erzeugen! Zusammen mit dem Handwerk und der Industrie, zusammen  
170 mit den Kommunen, Stadtwerken und Bürgerinitiativen wollen wir Initiativen zur  
171 schnelleren Umsetzung der Energiewende entwickeln. Dazu ist eine sofortige,  
172 stärkere und dauerhafte Schwerpunktsetzung im Landeshaushalt auf Energiewende,  
173 Energieeffizienz und Klimaschutz dringend notwendig.

174  
175 Es rächt sich, dass die Große Koalition Deutschland ohne Not immer weiter in  
176 eine energiepolitische Abhängigkeit von Russland getrieben haben. Bündnis90/die  
177 Grünen haben fortlaufend vor dieser Entwicklung gewarnt, haben Nordstream II  
178 nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes, sondern auch wegen der geostrategischen  
179 Gefahr entschieden abgelehnt.

180 Treiber der hohen Preise in allen Bereichen, auch in der Nahrungsmittelindustrie  
181 sind die teuren fossilen Energien, ist die fossile Inflation. Sie belastet vor  
182 allem Menschen mit geringem Einkommen. Durch die Abhängigkeit von Russland,  
183 künstliche Verknappung durch fossile Konzerne und Spekulationen schießen die  
184 Preise in die Höhe. Sie sorgen für Rekordgewinne bei Öl-, Gas- und  
185 Kohlekonzernen und finanzieren zusätzlich unerträglicherweise Putins Krieg. Die  
186 Folgen dieser fehlgeleiteten Politik, die Folgen des Energiekrieges und des  
187 Nahrungsmittelkrieges sind auch sehr deutlich in Thüringen zu spüren.

188 Deshalb gilt es, Importmengen fossiler Energieträger besonders aus russischen  
189 Quellen so schnell wie möglich durch andere Importquellen zu ersetzen bzw. den  
190 Verbrauch zu reduzieren, sowie Sondergewinnsteuern auf die Krisenprofite der  
191 fossilen Wirtschaft einzuführen, mit denen eine echte Entlastung der  
192 Bürger\*innen finanziert werden kann. Mittel- und langfristig aber muss alle  
193 Energie aus erneuerbaren Quellen, wie Sonne, Wind und Wasser gewonnen werden.  
194 Thüringen zahlt jedes Jahr 2 Mrd. Euro für ausländische Energieimporte, die viel  
195 besser in regionale Wertschöpfungsketten investiert wären.

196 Weg vom Erdgas

197

198 Erdgas deckt ca. 26 Prozent des kompletten Energiebedarfs in Deutschland. Nahezu  
199 die gesamte verbrauchte Erdgasmenge in Deutschland wird importiert, davon  
200 zuletzt rund 55 Prozent aus Russland. Eine schnelle Diversifizierung der  
201 Gasversorgung ist notwendig. Dazu braucht es eine gezielte gemeinsame  
202 Anstrengung der europäischen Gemeinschaft. Wir sehen die derzeitigen  
203 Anstrengungen sofort LNG-Terminals in Deutschland zu errichten sehr kritisch,  
204 erkennen jedoch an, dass diese notwendig sind, um der Abhängigkeit von  
205 russischem Erdgas zu entkommen. Sie müssen jedoch H2-ready konstruiert sein,  
206 sodass die Umstellung auf grünen Wasserstoff einfach möglich ist, um bis  
207 spätestens 2035 vollständig aus der Nutzung von fossilem Gas auszusteigen. Der  
208 Aufbau neuer Gasinfrastrukturen darf auf keinen Fall dazu führen, dass neue  
209 langfristige Importabhängigkeiten von fossilen Rohstoffen geschaffen werden.

210 Biogas sollte, auch wenn es in Thüringen schon weitgehend ausreicht ist, dennoch  
211 aufmerksam evaluiert werden. Wir begrüßen es, dass tagesaktuell  
212 branchenbezogene Analysen zu den Auswirkungen der aktuellen Lage am Gasmarkt auf  
213 Thüringer Unternehmen sowie Einrichtungen der Daseinsvorsorge erarbeitet werden.  
214 Für einen regionalen Ausgleich bei möglichen Engpässen halten wir  
215 kontinuierliche Energiedialoge und Notfallpläne für sinnvoll.

216

217 Weg vom Öl

218

219 Dank der Anstrengungen von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ist die  
220 Importabhängigkeit in kürzester Zeit von russischem Öl von 35% auf nunmehr 12%  
221 gesunken. Wir begrüßen den von der EU-Kommission vorgeschlagenen Importstopp.  
222 Gerade vor dem Hintergrund der stark von russischen Öllieferungen abhängige  
223 Wirtschaft Thüringens unterstützen wir die aktuellen Bemühungen der  
224 Bundesregierung um alternative Lieferbeziehungen, etwa über die Häfen Rostock  
225 und Gdańsk/Danzig. Zur Reduktion des Treibstoffverbrauchs setzen wir uns für ein  
226 Tempolimit, autofreie Tage sowie die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs auf  
227 fossil angetriebene Fahrzeuge ein. Der private und öffentliche Fahrzeugbestand  
228 muss zügig weiter elektrifiziert und das Angebot insbesondere im ländlichen Raum  
229 durch bessere Taktungen (Mibilitätsgarantie) ausgebaut werden. Das 9-Euro-Ticket  
230 sollte schnell evaluiert und möglichst verstetigt werden. Zur Steigerung der  
231 Attraktivität des Radverkehrs sollten schnell und unbürokratisch neue Radwege  
232 und -streifen errichtet und Bike-and-Ride-Stellplätze an den Bahnhöfen und  
233 Haltepunkten eingerichtet werden. Bei finanziellen Unterstützungsmaßnahmen für  
234 Privathaushalte ist vor allem auf eine zielgerichtete Entlastung niedriger  
235 Einkommen durch zu achten. Finanzielle Hilfen nach dem Gießkannenprinzip halten  
236 wir hingegen für falsch. Einsparungen und Effizienzsteigerung haben ein noch  
237 immer ungeheures Potential. Die Förderung von Initiativen zur Steigerung der  
238 Energieeffizienz in Unternehmen, beispielsweise durch Einführung von  
239 Energiemanagementsystemen, wollen wir verstärken. Besonderes Potenzial  
240 hinsichtlich der Einspar- und Effizienzeffekte haben auch gesetzliche  
241 Anpassungen im Gebäudesektor. Die Mindeststandards im Gebäudebestand und im  
242 Neubau sowie die Anforderungen an die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung  
243 müssen mit dem 1,5-Grad-Pfad in Einklang gebracht werden. Ebenso müssen  
244 energetische Sanierungen von Bestandsgebäuden und der Einbau von Wärmepumpen  
245 stärker finanziell gefördert werden, im Zweifel auch durch eine entsprechende  
246 Erweiterung des Landesförderprogramms WärmInvest. All diese Maßnahmen müssen

247 mit sozialen Ausgleichsmaßnahmen flankiert werden.

248

249 Hin zu Erneuerbaren Energien

250

251 Wir unterstützen die von der Bundesregierung formulierten Ausbauziele und wollen  
252 auch in Thüringen die davon abgeleiteten Flächenziele für Erneuerbare Energien  
253 umsetzen. Dies ist zur Standortsicherung der Thüringer Industrie unerlässlich.

254

255 - Windkraft -

256

257 Die Windkraft macht uns unabhängiger von Energieimporten und steigert die  
258 Versorgungssicherheit Thüringens, Sie liefert in Thüringen günstig und  
259 umweltfreundlich Energie, schafft vor Ort Arbeitsplätze, Wertschöpfung und  
260 Infrastruktur. Sie lässt sich über Wärmepumpen, Straßenbahnen, Züge und E-Busse  
261 auch zum Heizen und im Verkehr nutzen. Sie bringt z.B. über die Flächenpacht,  
262 die Gewerbesteuer oder direkte Zahlungen der Betreiber nach dem EEG Einnahmen  
263 für die kommunalen Haushalte, kann mit Bürgerbeteiligung ausgebaut werden, ist  
264 rückstandslos rückbaubar und erzeugt keine Altlasten.

265 Der Windenergieausbau kommt aber bisher in Thüringen nicht voran, weil zu wenige  
266 Flächen bereitgestellt werden. Dabei gibt es noch viele geeignete Standorte, an  
267 denen Windenergieanlagen natur- und sozialverträglich errichtet werden können.  
268 Eine "Verhinderungsplanung" kann sich Thüringen finanziell und ökologisch nicht  
269 länger leisten. Deshalb fordern wir die Ausweisung von Vorranggebiete für  
270 Windenergie auf 2% der Flächen in ganz Thüringen, analog zur neuen Zielsetzung  
271 auf Bundesebene und die Abschaffung aller pauschalen Mindestabstände zu  
272 Windenergieanlagen. Die neuen Regelungen, die mit dem Sommerpaket im  
273 Planungsrecht bei Windenergieanlagen kommen werden, müssen möglichst schnell in  
274 die Praxis der Regionalpläne umgesetzt werden.

275 Wir brauchen das Bekenntnis der Landkreise und Kommunen zur Unterstützung bei  
276 der Errichtung neuer Windkraftanlagen und Repowering von Windenergieanlagen an  
277 alten Standorten – zur Verantwortung für die Daseinsvorsorge in Thüringen. Wir  
278 unterstützen besonders Bürgerwindparks sowie solche Projektierer, die nach dem  
279 Siegel "Faire Windenergie Thüringen" arbeiten. Eine stärkere Einbindung der  
280 Bürger\*innen vor Ort bei der Planung neuer Windkraftstandorte verbessert die  
281 Akzeptanz, stärkt die Demokratie und beschleunigt die Fertigstellung.

282

283 Der Thüringer Wald ist krank, darunter leiden die Artenvielfalt und das  
284 Binnenklima. Der Wald als wichtiger CO2 Speicher fällt mehr und mehr aus. Auch  
285 die Forst- und Holzindustrie gerät dadurch in enorme Schwierigkeiten. Der Umbau  
286 des Waldes hin zur Klimaresilienz ist eine Generationenaufgabe. Der gezielte und  
287 kluge Ausbau von Windkraftanlagen im Wald kann helfen die ökonomischen Folgen  
288 für die Waldbesitzer abzufedern und zur Energiewende beizutragen. Deshalb ist  
289 das Verbot von Windenergieanlagen im Wald für die heimische Wirtschaft, für den  
290 Wald selbst äussert schädlich und gehört sofort abgeschafft.

291

292 - Photovoltaik -

293

294 Die schnelle Abrufung von Solarinvest zeigt wie groß das Potenzial für  
295 Solaranlagen in Thüringen ist. Deshalb wollen wir die Förderung weiterentwickeln  
296 und das Solardach zum neuen Standard machen. Die Kommunen und kommunalen

297 Unternehmen, aber auch die Landesregierung mit ihrer Vorbildwirkung sollen  
298 vorangehen und schnell Solaranlagen auf allen verfügbaren Dächer zu  
299 installieren. Außerdem braucht es einen konstruktiven Dialog mit dem  
300 Denkmalschutz. Mit gutem Willen und Phantasie können so aus Gegenspieler\*innen  
301 Partner\*innen werden. Auch die ungenutzten Potentiale von Flächen wie  
302 Randstreifen von Straßen, Parkplätzen, Deponien und unproduktiver Grünfläche  
303 sollen vermehrt genutzt werden.

304

305 - Wärmewende ist dezentral -

306

307 Die Wärmewende ist ein nicht zu unterschätzender Baustein hin zur Unabhängigkeit  
308 von fossilen Energieträgern. Hier sind vor allem die Stadtwerke im Land gefragt,  
309 die Wärmeversorgung umzustellen und stärker auf Biomasseanlagen, industrielle  
310 Abwärme, Solarthermie und Geothermie zu setzen. Kommunen wollen wir stärker  
311 darin unterstützen, lokale Wärmeanalysen und darauf aufbauend Wärmekonzepte zu  
312 erstellen und damit den Schritt Richtung erneuerbare Wärmeversorgung zu machen.  
313 Wir wollen darüber hinaus das Förderprogramm WärmeInvest weiterentwickeln, um  
314 auch den Umbau der Wärmeversorgung von Gebäuden auf Wärmepumpen oder Geothermie  
315 zu fördern.